

Der ambivalente Modellfall: Südtirol 1918-1998

*Johann hörte niemanden lieber sprechen als Luise. Es war die Südtirol-Sprache, die Luis Trenker gerade in dem Film *Der Berg ruft gesprochen* hatte: Bei Luise kamen die tief in Luisens Hals entstehenden eckigen Laute zarter heraus. Das Sprechen war bei Luise überhaupt nicht selbstverständlich. Eigentlich war sie still. Oder stumm. Wenn sie den Mund aufmachte, spürte Johann, daß sie etwas riskierte. Als ginge sie vor Zuschauern über ein Seil. Statt ja sagte Luise woll.*

Martin Walser¹

Vorbemerkung

Die Autonome Provinz Bozen-Südtirol liegt in den Ostalpen südlich des Alpenhauptkamms.² Mit 7400 km² ist sie die drittgrößte Provinz Italiens; ihr gebirgiges Territorium umfaßt verschiedene Höhenstufen von hohen Gebirgsketten über weiträumige Terrassen bis hin zu ausgedehnten Flußtälern (v.a. das Etschtal) mit vorwiegend dörflichen Siedlungen und wenigen Städten (Hauptstadt: Bozen/Bolzano). 40% der Gesamtfläche liegen in Höhen über 2000 m, 46% über 1000 m, lediglich 6% der Gesamtfläche eignen sich zur Dauersiedlung und wirtschaftlichen Nutzung. In Südtirol sind drei Sprachen offiziell in Gebrauch: das Deutsche, das Italienische und das Ladinische. Die Angehörigen der deutschen Sprachgruppe erreichen nach den Daten der letzten Volkszählung 66,4% der Bevölkerung (1991: 287.503 von 422.851 Einwohnern), 116.914 (27,65%) gehören zur italienischen, 18.434 (4,36%) zur ladinischen Sprachgruppe.

Das Thema Südtirol findet gegenwärtig kaum mehr internationale Aufmerksamkeit. Vor nicht allzu langer Zeit jedoch, bis in die siebziger Jahre, behauptete „die Südtirolfrage“ in einer breiteren Öffentlichkeit der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland konstantes Interesse, ja galt bisweilen sogar als bewegendes „Herzensthema“ von identitätstiftender Kraft. Mit der Lösung der Südtirolfrage, die sich ab Mitte der sechziger Jahre abzeichnete und die durch das zweite Autonomiestatut 1972 unumkehrbar wurde, sank jedoch Südtirols internationaler Stellenwert. Vom Rang einer kleinen, aber öffentlichkeitswirksamen Problemzone erlangte das seit 1970 auch ökonomisch prosperieren-

1 Martin Walser, *Ein springender Brunnen*, Frankfurt am Main 1998, S. 132.

2 Eine präzise Beschreibung der äußeren Voraussetzungen bei Ludwig M. Eichinger, *Südtirol*, in: Robert M. Hinderling/Ludwig M. Eichinger (Hg.), *Handbuch der mitteleuropäischen Sprachminderheiten*, Tübingen 1996, S. 199-262.

de Südtirol zwar den Status eines Modells für gelöste Minderheitenfragen, weckte jedoch keine Emotionen mehr.³ Aus dem Blickfeld einer überregionalen Öffentlichkeit schwand damit aber auch die erhebliche innere Dynamisierung der Region, die sich seit Mitte der achtziger Jahre abzeichnete. Der sozio-kulturelle Wandel, der Aufstieg neuer politischer und wirtschaftlicher Eliten und der fortschreitende Prozeß europäischer Einigung führten nahezu unbemerkt zu einer veränderten Selbstdefinition und – damit verbunden – zu einer Neusituierung Südtirols im nationalen und europäischen Kontext. Feststellbar ist seit einigen Jahren ein Prozeß beinahe nationalstaatlichen Agierens, der beachtliche Schubkraft entfaltet und als relativ seltenes Beispiel eines provinziellen „nation buildings“ durchaus überregionale Beachtung verdient.⁴ Die stete Balance zwischen Ethnozentrismus und interkultureller Disposition ist ein typisches Merkmal Südtiroler Verhältnisse. Der vorliegende Beitrag skizziert zunächst die historische Entwicklung Südtirols zwischen 1918 und 1946, anschließend den Weg über die erste Südtirolautonomie 1948 bis zum zweiten Autonomiestatut 1972 und präsentiert schließlich wichtige Handlungsstränge der jüngeren Entwicklung seit 1972. Eine abschließende Bilanz gibt zugleich Ausblick auf künftige Perspektiven und Problemfelder.

„Opfer“ Südtirol? (1918-1946)

Am 4. November 1918 erreichten die Truppen des königlich-italienischen Heeres unter Generalstabschef Armando Diaz die Stadt Trient und stießen bis zum 10. November über den Brenner vor.⁵ Bis Monatsende waren weite Teile Tirols – entsprechend vereinbarter Demarkationslinien – bis nach Innsbruck in italienischer Hand. Mit der Besetzung des Trentino hatte das Königreich ein lang angestrebtes Teilziel im nationalen Einigungsprozeß erreicht und die italienischsprachigen „Brüder“ des österreichischen Kronlandes Tirol und Vorarlberg dem italienischen Nationalstaat zugeführt – das *Risorgimento* schien

- 3 Eine Ausnahmen bildet die regelmäßige Südtirol-Berichterstattung des Wiener FAZ-Korrespondenten Reinhard Olt, so etwa: Spagat zwischen Rom und Wien. Nicht nur der Mann aus dem Eis kratzt an der Tiroler Identität, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.1.1998.
- 4 Vgl. allgemein Heinz Gerhard Haupt u. a. (Hg.), *Regional and National Identities in Europe in the XIXth and XXth Centuries*, The Hague/London 1996; spezifisch zu Südtirol: Reinhard Johler, *Nazionalismo e costruzione di regioni: un esempio tedesco*, in: *Memoria e ricerca* 3, 1995, S. 29-50.
- 5 Vgl. Rolf Steininger, *Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit*, Innsbruck-Wien 1997, S. 15-17. Steininger bietet dzt. den kompaktesten Gesamtüberblick zur Geschichte Südtirols, mit stark diplomatiegeschichtlicher Schwerpunktsetzung, überaus anregend: Leopold Steurer, *Südtirol 1918-1945*, in: Anton Pelinka/Andreas Maislinger (Hg.), *Handbuch zur Neueren Geschichte Tirols*, Bd. 2, *Zeitgeschichte*, 1. Teil: *Politische Geschichte*, Innsbruck 1993, S. 179-311. Dagegen durch krasse volkstumpolitische Werturteile verzerrt: Othmar Parteli, *Südtirol 1918 bis 1970 (Geschichte des Landes Tirol 4/I)*, Bozen-Innsbruck-Wien 1988. Vgl. den bibliographischen Essay bei Steininger, *Südtirol im 20. Jahrhundert*, S. 585-592.

vollendet. Nördlich von Salurn, der Sprachgrenze zwischen Deutsch- und „Welschtirol“, erlebte die Bevölkerung das Kriegsende im emotionalen Wechsel von Erleichterung, Verwirrung und wachsender Sorge. Seit Veröffentlichung durch das revolutionäre Rußland war weithin bekannt, daß sich Italien im Geheimvertrag von London (26. April 1915) neben Triest, Görz, Gradiska, dem Einzugsgebiet des Isonzo, Idria und Istrien auch das Trentino sowie das südliche Tirol bis zum Brenner hatte zusichern lassen, ehe es am 23. Mai 1915 an der Seite der Entente in den Krieg eintrat.⁶

Der am 10. September 1919 zwischen den Siegerstaaten und Deutschösterreich abgeschlossene Friedensvertrag von St. Germain machte die Vorentscheidung von London definitiv:⁷ das deutschsprachige südliche Tirol verblieb mit dem Trentino beim Königreich Italien. Den Ausschlag für diese Entscheidung, die klar gegen das Wilson'sche Prinzip staatlicher Grenzziehung nach nationalen Kriterien verstieß, war außenpolitisch motiviert: Die italienische Regierung konnte ihre Forderungen auf Dalmatien nur in Ansätzen realisieren, sodaß sie sich in ihrem Wunsch nach umfassender Beherrschung der Adriaküste enttäuscht sah. Unter diesen Voraussetzungen unterblieb eine weitere Schmälerung des italienischen Anspruchs auf Südtirol, sodaß dem Königreich zumindest der Besitzstand bis zum Brenner garantiert werden sollte. Der berechtigte Wunsch einer kleinen Volksgruppe von etwa 251.000 Südtirolern (1910) deutscher und ladinischer Sprache nach einem Verbleib bei Österreich hatte gegenüber außenpolitischen und machstaatlichen Motiven bestenfalls moralisches Gewicht, aber keine politische Durchschlagskraft. Obwohl die Annexion Südtirols unter völkerrechtlichen Aspekten ungerrecht war, so war sie nicht zuletzt eine Spätfolge der ungelösten Trentiner Frage unter Österreich-Ungarn.⁸

Die zurückhaltende, durchaus verständnisvolle Behandlung der am 10. Oktober 1920 auch formell annektierten Gebiete und ihrer Bevölkerung wich bereits vor der faschistischen Machtergreifung (30. Oktober 1922) einem gewissen Konformitätsdruck mit dem Nationalstaat,⁹ zumal sich Italien in St. Germain zu keinem Minderheitenschutz verpflichtet hat-

6 Ausführlich zum Kriegseintritt Italiens Manfred Rauchensteiner, *Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg*, Graz-Wien-Köln 1993, S. 215-234 und Nicola Tranfaglia, *La prima guerra mondiale e il fascismo (Storia d'Italia UTET, 22)*, Torino 1995, S. 9-59.

7 Jüngster Überblick Hanns Haas, *Südtirol 1919*, in: Anton Pelinka/Andreas Maislinger (Hrsg.), *Handbuch zur Neueren Geschichte Tirols 2/1*, S. 95-130. Ausführlich: Richard Schober, *Die Tiroler Frage auf der Friedenskonferenz von St. Germain (Schlern-Schriften, 270)*, Innsbruck 1982.

8 Vgl. Claus Gatterer, *Im Kampf gegen Rom. Bürger, Minderheiten und Autonomien in Italien*. Wien-Frankfurt-Zürich 1968, S. 139-158. Zur Autonomiefrage des Trentino vor 1914 vgl. Richard Schober, *Geschichte des Tiroler Landtages im 19. und 20. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Tiroler Landesarchivs, 4)*, Innsbruck 1984, S. 256-272 und Sergio Benvenuti, *L'autonomia trentina al Landtag di Innsbruck e al Reichsrat di Vienna. Proposte e progetti 1848-1918*, Trento 1978.

9 Vgl. Ester Capuzzo, *Dal nesso asburgico alla sovranità italiana. Legislazione e amministrazione a Trento e a Trieste (1928-1928)*, Milano 1992. Beschönigend die Darstellung des

te. Die Südtiroler wurden ins parlamentarische Leben Italiens einbezogen und entsandten 1921 vier Abgeordnete ins Parlament nach Rom. Stärkste politische Sammlungsbewegung im Land war der Deutsche Verband (DV), in dem sich die bis 1918 noch rivalisierende Tiroler Volkspartei und die Deutschfreiheitlichen vereint hatten – die kleine Gruppierung der Sozialdemokraten blieb von dieser Dachorganisation ausgeschlossen.

Während der agrarfaschistischen Offensive in Oberitalien traten faschistische *Squadre* auch in Bozen auf, ermordeten im April 1921 einen Südtiroler Lehrer und entfalteten in Attacken auf lokale Honoratioren, in Aufmärschen und symbolischen Aktionen ein beträchtliches Drohpotential. Der Sturm auf das Bozner Rathaus und die Absetzung des langjährigen Bürgermeisters Julius Perathoner (1895-1922) unmittelbar vor der gesamtstaatlichen Machtergreifung waren unmißverständliche Signale der künftigen Ausrichtung. Seit dem Frühjahr 1923 kam eine massive Welle nationaler Gleichschaltung in Gang. Am 15. Juli verkündete Senator Ettore Tolomei (1865-1952) in Bozen sein von langer Hand vorbereitetes Programm der Entnationalisierung Südtirols. Sein Katalog der „Maßnahmen für das Oberetsch“ (*Provvedimenti per l'Alto Adige*) betraf vor allem den Bereich sprachlicher Assimilation, zielte vorab auf Gewinnung kultureller Hegemonie und Zerschlagung einer deutschsprachigen Öffentlichkeit:¹⁰

Das Verbot des Namens Tirol, die konsequente Italianisierung von Orts- und Flurnamen unter gleichzeitigem Verbot der Verwendung deutschsprachiger Toponyme, die Aufhebung des deutschen Schulwesens, ein weitgehendes Vereinsverbot (insbesondere der Alpenvereine), die Einführung der italienischen Amtssprache wurden als wichtige Elemente des Tolomei'schen Katalogs rasch verwirklicht. Trotzdem ließ sich über diese teils ephemeren, teils zentralen Eingriffe eine umfassende Änderung des nationalen und kulturellen Charakters von Südtirol nicht in dem von Tolomei gewünschten Tempo erzielen. Eine durchgreifende Assimilation scheiterte an mehreren Faktoren:¹¹

1) Auch im Falle Südtirols verfügte das faschistische Regime über kein kohärentes Konzept zur Ausschaltung oder Integration nationaler Minderheiten.¹² Die Südtiroler Volks-

Trentiner Historikers Umberto Corsini in Ders./Rudolf Lill, Südtirol 1918-1946, Bozen 1988, S. 75, korrigiert durch Alfredo Canavero, Le „terre liberate e redente“ nel dibattito culturale e politico nazionale, in: Commissione parlamentare d'inchiesta sulle terre liberate e redente (luglio 1920-giugno 1922), Band 1: Saggi e strumenti di analisi, Roma 1991, besonders S. 17. Als Überblick über die Jahre 1918-1922 vgl. Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert, S. 39-71.

10 Zur Person und Funktion von Ettore Tolomei vgl. letztthin zusammenfassend: Ettore Tolomei (1865-1952). Un nazionalista di confine. Die Grenzen des Nationalismus (Sonderheft des „archivio trentino“, 47, 1998/1; Gisela Framke, Im Kampf um Südtirol. Ettore Tolomei (1865-1952) und das „Archivio per L'Alto Adige“, Tübingen 1987, sowie Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert, S. 77-80.

11 Zur faschistischen Politik in Südtirol, unter klarer Betonung der Südtiroler „Opferrolle“ vgl. Alfons Gruber, Südtirol unter dem Faschismus (Schriftenreihe des Südtiroler Kulturinstitutes, 1), Bozen 1974.

12 Vgl. demnächst Tullio Omezzoli, I valdostani e gli allogeni delle Nuove Provincie; il travaglio di un'identità, in: Stuart J. Woolf (Hg.), Identità regionali nelle Alpi, Belluno 1999.

gruppe und die Ladiner galten nicht als Minderheit, sondern als „Andersstämmige“ („Allogeni“). Brachiales Vorgehen in der Mobilisierungsphase des Faschismus unmittelbar nach dem Mord an dem sozialistischen Abgeordneten Giacomo Matteotti (1924) erzielte zwar Einschüchterungseffekte, versteifte aber die innere Abneigung der Südtiroler Volksgruppe gegen Italien. Eine politische Mobilisierung gegen das Regime blieb jedoch aus; die Abgeordneten des DV nahmen nach dem Matteotti-Mord am Auszug der demokratischen Oppositionsparteien aus dem Parlament nicht teil. Auch die Ausschaltung der örtlichen Selbstverwaltung und die Einführung von Amtsbürgermeistern (*Podestà*) wie in ganz Italien (1926) wirkten eher kontraproduktiv. Die neuen Verwalter waren ihrer Aufgabe nur selten gewachsen, zeichneten sich eher durch kommunales Mismanagement, Korruption und Postenjägerei aus als durch jene administrative Professionalität, womit sie die einheimische Bevölkerung hätten gewinnen können. Mit den örtlichen Gegebenheiten und der genossenschaftlichen Selbstverwaltung alpiner Regionen kaum je vertraut, verspielten sie durch häufiges Scheitern ihre Autorität bei der einheimischen Bevölkerung.¹³

2) Die wirtschaftliche Struktur des Landes war mit rund 55% im Primärsektor Beschäftigten (1910) in überragender Weise agrarisch geprägt.¹⁴ Auch der mit einem Beschäftigtenanteil von 29,5% (1910) relativ starke Tertiärsektor stand vor allem im Tourismus in enger Bindung zu Land und Landschaft. Durchwegs marginal war bis um 1935 die Position des gewerblichen Sektors (15,1%), da Südtirol kaum über Industrie, sondern bestenfalls über mittelständisches Handwerk verfügte. Die ökonomisch und kulturell vergleichsweise autarken ländlichen Talschaften mit ihrem Netz informeller Honoratioren und konnten sich vielen Zugriffen des Regimes relativ leicht entziehen.

3) Die traditionell starke Position der katholischen Kirche im „Heiligen Land“ Tirol bot wichtige Zufluchts- und Schutzräume.¹⁵ Der Aufbau eines deutschsprachigen Notschulsystems als nachmittägliche Alternative zur staatlichen italienischen Schule wurde wesentlich von Priestern unterstützt und blieb trotz Verbots und Verfolgung weitgehend intakt. Auch von dem ab 1925/26 gültigen Verbot deutschsprachiger Tageszeitungen waren die Blätter der kirchlichen Sphäre nur kurz betroffen. Die im klerikalen Athesia-Verlag erscheinende „Dolomiten“ gewannen als „Tagblatt der Südtiroler“ nach der vom Regime verfügten Ausschaltung der liberalen Konkurrenz seit 1926 eine Monopolstellung und durch die verhüllt regimekritischen Kommentare ihres Schriftleiters, des Kanonikus Michael Gamper (1880-1956) an öffentlicher Autorität.¹⁶

13 Hierzu bereitet Andrea Di Michele eine Dissertation an der Universität Turin unter dem Titel: „L’italianizzazione dell’amministrazione pubblica in Alto Adige durante il fascismo“, vor.

14 Angaben bei Adolf Leidlmair, Bevölkerung und Wirtschaft in Südtirol (Tiroler Wirtschaftsstudien, 6), Innsbruck 1958, S. 104.

15 Vgl. Josef Gelmi, Kirchengeschichte Tirols, Innsbruck-Wien-Bozen 1986, S. 241-254.

16 Vgl. Leo Hillebrand, Medienmacht und Volkstumspolitik. Michael Gamper und der Athesia Verlag (Geschichte und Ökonomie, 5), Innsbruck 1996.

4) Der moralische Rückhalt, den Südtirol in Österreich und Deutschland genoß, veranlaßte die italienische Regierung zu gewisser Zurückhaltung. Der deutsche Reichskanzler Stresemann, der nach dem Locarno-Vertrag wiederum größeren außenpolitischen Spielraum für die Republik zurückgewonnen hatte, zögerte nicht, sich 1926 für Südtirol zu engagieren, im Gegensatz zu Wien, das politisch zunehmend in Abhängigkeit von Rom geraten war.¹⁷

Unter diesen Voraussetzungen konnte die Südtiroler Volksgruppe in der 1927 neu errichteten Provinz Bozen ihre kulturelle Identität relativ gut behaupten. Ihre Haltung gegenüber den Repräsentanten von Staat und Partei gewann kaum jemals den Charakter offenen Widerstands, sondern schwankte vielmehr zwischen verhaltener Renitenz, Abschottung und innerer Emigration, flankiert vom Aufbau einer intensiven Binnenkommunikation innerhalb der deutsch- und ladinischsprachigen Volksgruppe.¹⁸

Allerdings standen sich Regime und Bevölkerung samt ihren politischen Repräsentanten nicht durchgehend frontal und unversöhnlich gegenüber. Die Angebote von Staat und Regime fanden während der „anni del consenso“ auch unter Südtirolern Zugkraft. Die Partei belohnte Wohlverhalten mit materiellen Konzessionen (Parteibuch gegen Arbeitsplatz oder Ausbildung); auch wurde die Frontstellung zwischen Staat und Ortskirche durch den Abschluß des Konkordats 1929 zumindest gedämpft.

Insgesamt war das Verhältnis zwischen Staat/Partei und Minderheit in den späten zwanziger Jahren zwar spannungsgeladen (allerdings ohne offene Konflikte), aufgrund der ungleich günstigeren Voraussetzungen Südtirols jedoch weit entfernt von jenem Grad an Unterdrückung, den die slowenische und kroatische Minderheit in der *Venezia Giulia* hinnehmen mußte.¹⁹

Eine deutliche Eskalation der Südtirolfrage setzte ab 1933 ein, vor allem unter dem Eindruck der massiven Zuwanderung, die mit dem erhöhten Arbeitsplatzangebot in der neu geschaffenen Industriezone Bozen einsetzte.²⁰ Binnen weniger Jahre verkehrte sich die traditionelle demographische Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung Bozens in eine minoritäre Position. Das Beispiel der Provinzhauptstadt schien somit das künftige Schicksal des gesamten Landes zu antizipieren – die Südtiroler sahen sich dazu verurteilt, zur demographischen, ökonomisch und kulturell deklassierten Minderheit im Lande herabzusinken. Als langfristiges Erbe dieser Erfahrung blieb unter deutschsprachigen

17 Hierzu grundlegend Leopold Steurer, *Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919-1939*, Wien-München-Zürich 1980, S. 78-113 sowie Steininger, *Südtirol im 20. Jahrhundert*, S. 119-136. Vgl. auch Klaus Weiß, *Das Südtirol-Problem in der Ersten Republik. Dargestellt an Österreichs Innen- und Außenpolitik im Jahre 1928*, Wien-München 1989.

18 Vgl. Martha Verdorfer, *Zweierlei Faschismus. Alltagserfahrungen in Südtirol 1918-1945*, Wien 1990.

19 Zusammenfassend Rolf Wörsdörfer, 'Ethnizität' und Entnationalisierung. Umsiedlung und Vertreibung in Dalmatien, Istrien und Julisch-Venetien (1927-1954), in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, 5 (1994), S. 201-232, vor allem S. 210-215.

20 Vgl. Rolf Petri, *La frontiera industriale. Territorio, grande industria e leggi speciali prima della Cassa per il Mezzogiorno*, Milano 1990, S. 131-159 und ders., *Storia di Bolzano (Le città nelle Venezie, 3)*, Padova 1989, S. 98-114.

Südtirolern eine ausgeprägte Stadt- und Industriefeindlichkeit, dem eine emphatische Hochschätzung „des Landes“ in all seinen Dimensionen gegenüberstand.

Zugleich drängte ab 1933 ein Teil der jüngeren Generation auf einen Umstieg vom bisher geübten, vorsichtigen *appeasement* der politischen Führungsschicht hin zu einer offensiven Herausforderung des Regimes.²¹ Deutlich spürbar wurde der Stimmungsumschwung seit der Machtergreifung Adolf Hitlers und der NSDAP im Jänner 1933. Die rasch anlauende Revisionspolitik des Deutschen Reiches machte nachhaltigen Eindruck und weckte Hoffnungen auf eine Einbeziehung Südtirols. Vor allem die „Heimholung“ der Saar im Anschluß an die Abstimmung vom 13. Jänner 1935 ließ viele Südtiroler Ähnliches für das eigene Land hoffen („Heute die Saar – wir über`s Jahr!“). Der österreichische „Anschluß“ vom März 1938 markierte einen Höhepunkt im Karussell der Hoffnung, während sich Staatsorgane und Polizei alarmiert zeigten. Der Ausgriff des Großdeutschen Reiches auf das „unerlöste“ Südtirol schien im Frühjahr 1938 greifbar nahe.²²

Hitler selbst hatte sein geringes Interesse an Südtirol seit 1918 unmißverständlich bekundet. Ein künftiges Bündnis zwischen Deutschland und Italien hatte Priorität vor den „vier Älplern“ Südtirols,²³ die einer Annäherung keinesfalls im Wege zu stehen hatten. Anders als Hitler blieb jedoch die öffentliche Meinung im Reich, aber auch wichtige NS-Exponenten (etwa Bormann oder Göring) an Südtirol interessiert; die Außenpolitik des Reiches hinsichtlich Italiens und Südtirols entsprach allerdings in jeder Hinsicht dem Willen des Reichskanzlers. Nach dem Rombesuch Hitlers (Mai 1938) und dem Abschluß des „Stahlpaktes“ einigten sich die Achsenmächte rasch über die Südtirolfrage. Am 23. Juni 1939 unterzeichneten Repräsentanten des italienischen Außenministeriums und des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, die sog. „Berliner Vereinbarung“, die auf eine Globalösung des Problems Südtirol zielte. Bis zum 31. Dezember 1939 sollte sich die deutsch- und ladinischsprachige Bevölkerung des Landes entscheiden, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen und ins Großdeutsche Reich abwandern oder unter Beibehaltung ihres bisherigen Status in Italien verbleiben wollte.

Mit dieser sog. „Option“ verknüpften die Vertragspartner unterschiedliche Ziele.²⁴ Während Rom höchstens mit einer Teilabwanderung rechnete, die vor allem die Städte eth-

21 Vgl. Steuerer, Südtirol zwischen Rom und Berlin, S. 189-198.

22 Vgl. ebda., S. 290-296 sowie Claus Conrad, „Denn heute steht Deutschland am Brenner!“, in: Benedikt Erhard (Red.), Option-Heimat-Opzioni. Eine Geschichte Südtirols. Katalog zur Ausstellung des Tiroler Geschichtsvereins Bozen, Bozen-Innsbruck 1989, S. 108-135.

23 Zusammenfassend Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert, S. 139-151.

24 Aus der umfassenden Literatur zur Option vgl. Karl Stuhlpfarrer, Umsiedlung Südtirols 1939-1940, 2 Bände, Wien-München 1985; Klaus Eisterer/Rolf Steininger (Hg.), Die Option. Südtirol zwischen Faschismus und Nationalsozialismus (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, 5), Innsbruck 1989; Benedikt Erhard (Red.), Option-Heimat-Opzioni; Reinhold Messner (Hg.), Die Option. 1939 stimmten 86 Prozent für das Aufgeben ihrer Heimat. Warum? Ein Lehrstück in Zeitgeschichte, München-Zürich 1989; Rudolf Lill (Hg.), Die Option der Südtiroler 1939 (Schriftenreihe des Südtiroler Kulturinstituts, 16), Bozen 1991; Helmut Alexander/Stefan Lechner/Adolf Leidlmair, Heimatlos. Die Umsiedlung der Südtiroler, Wien 1993. Weitere Angaben bei Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert, S. 574-576.

nisch säubern sollte (und die bäuerliche Bevölkerung als „Landschaftspfleger“ auf den Bergen beließ), rechneten die Berliner Stellen mit Abwanderung einer möglichst großen Zahl von Südtirolern. Die Zuwanderer ins Reich erschienen für die Rassen- und Siedlungspolitik des NS-Staates als nützliche volkliche Manövriermasse, die bei Bedarf als Wehrbauern im Osten oder als Arbeitskräfte eingesetzt werden konnte. Die durch die knappe Optionsfrist (bis 31. Dezember 1939), durch die im Herbst anrollende Propaganda des VKS „für Deutschland“ und die Ungewißheit der Perspektiven nach erfolgter Option stark verunsicherte Bevölkerung entschied sich zu rund 80% „für Deutschland“. Optionsberechtigt waren die erwachsenen Familienoberhäupter; die Option war nicht geheim, wodurch die Entscheidung zusätzlichen Pressionen unterlag. Vor allem aber trugen die negativen Erfahrungen mit dem faschistischen Regime zur breiten Entscheidung „für Deutschland“ bei.

Unter diesen Voraussetzungen war die Option ein traumatischer Einschnitt, der die Erfahrungen der betroffenen Bevölkerung langfristig belastete. Sie trieb einen tiefen Keil zwischen die kleine Gruppe der „Bleiber“ und die „Geher“, deren Exponenten die für den Verbleib in Südtirol stimmenden Optanten massiv unter Druck setzten und schikanierten. Allerdings folgte der eindeutigen Option für die deutsche Staatsbürgerschaft keine annähernd so kompakte Abwanderungsbewegung. Bis 1944 zogen nur rund 75.000 der 250.000 Südtiroler über den Brenner, darunter vor allem Angehörige der Unterschichten, die sich von einer Niederlassung verbesserte Lebenschancen erhofften. Im Land hingegen verblieb ein Großteil der bäuerlichen Bevölkerung und des städtischen Besitzbürgertums.

Im Krieg schienen die Chancen auf einen „kalten Anschluß“ Südtirols an das Reich deutlich zu steigen. Nach dem italienischen Waffenstillstand am 8. September 1943 wurde auch die Provinz Bozen von deutschen Truppen besetzt und mit den Provinzen Trient und Belluno zur „Operationszone Alpenvorland“ (OZAV) zusammengeschlossen.²⁵

Den Italienern in Südtirol brachten die 20 Monate deutscher Besatzung einen nachhaltigen Schock. Erstmals erkannten viele von ihnen, daß sie in Südtirol eine Minderheit darstellten. Obwohl seitens der Südtiroler Revancheaktionen nur gegen besonders verhaßte Amtsträger des faschistischen Regimes geführt wurden, sahen sich viele Italiener in der OZAV zu Mitbürgern zweiter Klasse degradiert und entwickelten verständliche Ressentiments gegen die einheimische Bevölkerung, die vielfach als Handlanger der „invasori nazifascisti“ begriffen wurde. Vor allem in Bozens Industriezone wurde ein Wider-

25 Grundlegend Lutz Klinkhammer, *Zwischen Bündnis und Besatzung. Das nationalsozialistische Deutschland und die Republik von Salò 1943-45* (Bibliothek des DHI in Rom, 75), Tübingen 1993, zu den Operationszonen die älteren Arbeiten von Conrad F. Latour, *Südtirol und die Achse Berlin-Rom 1938-1945* (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 5), Stuttgart 1962 und Karl Stuhlpfarrer, *Die Operationszonen „Alpenvorland“ und „Adriatisches Küstenland“ 1943-1945*, Wien 1969. Jüngste Übersichten: *Italien und Südtirol. Italia e Alto Adige 1943-1945*, Geschichte und Region/Storia e Regione 3 (1994) sowie *Südtirol 1943-1945*, *Der Schlern* 68 (1994), Heft 8/9.

standsnetz aufgebaut, das mit dem oberitalienischen Befreiungskomitee Kontakt hielt und im Mai 1945 offen in Aktion trat.

„Los von Trient!“: Die blockierte Autonomie (1946-1972)

Das Kriegsende 1945 führte in Südtirol zu einem ähnlichen Wechselbad der Emotionen wie 1918/19 und 1938/39. Würde Südtirol zu Österreich zurückkehren oder blieben die Wünsche eines Großteils der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung auch diesmal unerfüllt? Daß die Chancen einer Rückkehr zu Österreich schlecht standen, zeigte sich rasch.²⁶ Bereits nach dem Waffenstillstand in Italien (29. April 1945) war die Provinzverwaltung wieder an einen italienischen Präfekten übergeben worden, nach Abzug der alliierten Militärbesatzung Ende 1945 wurde noch vor einer vertraglichen Regelung die italienische Souveränität über das Gebiet wiederhergestellt. Die Südtiroler erhielten in der am 8. Mai 1945 mit alliierter Genehmigung gegründeten Südtiroler Volkspartei (SVP) eine starke Vertretung, die sich unter dem Dach der gemeinsamen Ethnie zwar weltanschaulich offen deklarierte, faktisch aber christlich-konservativ geprägt war.²⁷ Bereits im September 1945, ein zweites Mal dann Ende April 1946, erklärten die alliierten Außenminister in London, daß die Provinz – abgesehen von kleineren Grenzberichtigungen – bei Italien verbleiben sollte. In den nächsten Monaten änderten auch die intensiven, bisweilen hektischen Bemühungen des österreichischen Außenministers Karl Gruber nichts an dieser Verhandlungsbasis. Italien behauptete von Anfang an die bessere Position.²⁸

Mit dem „Pariser Abkommen“ zwischen dem österreichischen Außenminister Gruber und dem italienischen Ministerpräsidenten und Außenminister Alcide De Gasperi (5. September 1946) erzielten beide Regierungen eine vorläufige Übereinkunft:²⁹ Die Provinz Bozen sollte eine weitreichende Autonomie erhalten, deren territorialer und inhaltlicher Umfang noch näher festzulegen war. Die Grundschwäche des Abkommens trat rasch zutage. Auf Druck der italienischen Regierung kam die Autonomie nicht nur der Provinz Bozen zugute, sondern wurde auf das Gebiet der Nachbarprovinz Trient ausge-

26 Zur Situation Südtirols 1945/46 vgl. Rolf Steininger, *Los von Rom? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen* (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, 2), Innsbruck 1987; Michael Gehler (Hrsg.), *Verspielte Selbstbestimmung? Die Südtirolfrage 1945/46 in US-Geheimdienstberichten und österreichischen Akten. Eine Dokumentation* (Schlern-Schriften, 302), Innsbruck 1996.

27 Vgl. Anton Holzer, *Die Südtiroler Volkspartei*, Thaur 1991.

28 Vgl. Hans Woller (Hrsg.), *Italien und die Großmächte 1943-1949* (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 57), München 1988 sowie die knappe Übersicht bei Ennio Di Nolfo, *Storia delle relazioni internazionali 1918-1992*, Roma-Bari² 1995, S. 663-666. Nun auch Markus Helmes, *Der Pariser Friedensvertrag für Italien von 1947: Entstehung, Bestimmungen, Auswirkungen*, in: *Zeitgeschichte*, 25 (1998), S. 5-35.

29 Hierzu neben den Arbeiten von Gehler (*Verspielte Selbstbestimmung?*) und Steininger (*Los von Rom?*) weiterführende Literaturangaben bei Steininger, *Südtirol im 20. Jahrhundert*, S. 579-581.

dehnt. Damit partizipierten auch die italienischsprachigen Trentiner von den Vorteilen der Autonomie und konnten im Verbund mit den italienischen Parteien der Provinz Bozen die SVP im Regionalparlament jederzeit majorisieren. Der regionale Verbund zwischen den Provinzen Bozen und Trient wurde als Region „Trentino-Tiroler Etschland“ als neue Gebietskörperschaft installiert. Unterhalb der Ebene der Regionalautonomie erhielten Trient und Bozen noch eine gesonderte Provinzialautonomie, deren Umfang vorläufig noch sehr beschränkt blieb. Das Autonomiestatut vom Februar 1948 wurde durch die SVP jedoch zunächst akzeptiert, ja sogar begrüßt, da es im Vergleich zur Situation 1922-1947 einen außerordentlichen Fortschritt bedeutete und Hoffnung auf Ausgestaltung bestanden. Seit 1952 zeigten sich jedoch die geringen Handlungsspielräume regionaler Autonomie und die mangelnde Bereitschaft der Region Trentino-Tiroler Etschland, der Provinz Bozen weitere Zuständigkeiten zu übertragen. Bis zum Ende des Jahrzehnts verschärfte sich daher die Konfliktstellung zwischen römischer Zentral- und Trentiner Regionalregierung einerseits, SVP und Bevölkerung andererseits zunehmend.³⁰ „Los von Trient!“ – so lautete die zugkräftige Formel, die einen Großteil der Südtiroler von 1957-1972 einte. Trotz aller Schwierigkeiten durchlief die deutsch- und ladinischsprachige Volksgruppe seit Kriegsende einen Prozeß politischer Konsolidierung. Aus der Erfahrung des Faschismus und den Konflikten mit Rom wuchs in der SVP eine neue Elite heran, die den Kampf um Erweiterung der Autonomie bis hin zur Selbstbestimmung zunehmend als Herausforderung begriff und in der Auseinandersetzung sämtliche Reserven mobilisierte.

Ende der Sackgasse: der Weg zum zweiten Autonomiestatut 1972

Seit Ende der fünfziger Jahre hielt die „Südtirolfrage“ wiederum Einzug in die Daueragenden internationaler Außenpolitik und bildete ein Kernthema der italienisch-österreichischen Beziehungen.³¹ Die seit dem österreichischen Staatsvertrag 1955 politisch wiederum voll handlungsfähige Regierung rückte unter dem sozialistischen Außenminister Kreisky (ab 1959) zum Sachwalter Südtirols auf und brachte Italien zunehmend in Zugzwang. Die fehlende Bereitschaft der römischen Regierung, das Autonomiestatut 1948 in vollem Umfang anzuwenden und der Provinz Bozen breitere Selbstverwaltungsrechte einzuräumen, nahm seit Mitte der Fünfziger Jahre groteske Züge an. Eine stillschweigende Duldung, ja sogar Förderung der Zuwanderung aus anderen italienischen Provinzen sollte das ethnische Gleichgewicht in der Provinz Bozen Region kippen, wofür auf deutschsprachiger Seite die griffige Parole vom „Todesmarsch“ geprägt wurde. Die ethnisch gesteuerte Immigration aus Norditalien war zugleich eine Begleiterscheinung

30 Vgl. Gatterer, Kampf gegen Rom, S. 1005-1038 und Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert, S. 393-470.

31 Vgl. Viktoria Stadlmayer, Die Südtirolpolitik Österreichs seit Abschluß des Pariser Abkommens, in: Huter (Hrsg.), Südtirol, S. 474-536.

des wirtschaftlichen *pull*-Effektes vom Süden in den zunehmend prosperierenden Norden;³² dies wurde in Südtirol selbst jedoch kaum zur Kenntnis genommen, sondern nur die nationale Dimension der Zuwanderungsbewegung.

Dank der Initiative Kreiskys, dem die ÖVP-Regierung sein Amt und damit die brisante Frage auch aus parteipolitischer Raison anvertraut hatte, kam das Thema „Südtirol“ 1960 vor die UNO.³³ Auf der UN-Vollversammlung in New York konnte die aus globaler Sicht marginale Frage vor dem Hintergrund der allgemeinen Unabhängigkeitsbewegung aufgewertet werden. Inmitten der Entkolonialisierung und Selbstbestimmung vieler afrikanischer Staaten ließ sich Südtirol durchaus als analoges Thema darstellen. Zugleich mit der druckvollen außenpolitischen Offensive Österreichs und Italiens hinhaltendem Widerstand wuchs im Lande selbst die Bereitschaft zu eigenen, auch gewaltsamen Aktivitäten, die das Anliegen „Vollautonomie“ oder gar „Selbstbestimmung“ öffentlichkeitswirksam unterstreichen sollten. Eine erste Serie von Anschlägen auf öffentliche Gebäude und Strommasten verlief 1957-1961 zunächst weitgehend unblutig, im Zeitraum 1962 bis 1969 forderte dann eine zweite Welle des Terrorismus auch Todesopfer.³⁴ Die Träger der gewaltsamen Aktionen hatten zunächst für begrenzte „Gewalt gegen Sachen“ plädiert, so etwa in der „Feuernacht“ im Juni 1961, als die Stromversorgung im Großraum Bozen binnen weniger Stunden lahmgelegt wurde. Der italienische Staat schlug mit aller Härte zurück und deckte auch den Einsatz von Folter durch Polizei und Carabinieri. Die Mailänder „Sprengstoffprozesse“ gegen politische Attentäter (1963) schufen im Lande selbst ein Klima der Solidarität und sicherten Südtirol in Deutschland und Österreich außerordentliche Sympathien. Sie weckten dank unparteiischer Verhandlungsführung in Italiens Öffentlichkeit aber auch zunehmend Verständnis für die Anliegen Südtirols, zumal sich die Attentäter glaubwürdig vom Ruch neonazistischer Wiederbetätigung freimachen konnten.

Als sich 1962 bereits eine gewisse Entspannung abzeichnete, schreckten radikale, stark rechtslastige und von deutschen und österreichischen Rechtsradikalen infiltrierte Gruppierungen auch nicht vor Mordanschlägen auf Polizei- und Finanzbeamte zurück. Auch der italienische und ausländische Geheimdienste trugen ein erhebliches Maß an Verantwortung an der zweiten, nunmehr genuin terroristischen Anschlagswelle, der 14 Menschen zum Opfer fielen.

Die UNO-Vollversammlung hatte die Streitparteien Italien und Österreich bereits mit Resolution vom 31. Oktober 1960 (die am 28. November 1961 erneuert wurde) aufgefor-

32 Vgl. Aurelio Lepre, *Storia della Prima Repubblica. L'Italia dal 1942 al 1992*, Bologna 1993, S. 174-176.

33 Vgl. Steininger, *Südtirol im 20. Jahrhundert*, S. 484-489 sowie demnächst Ders., *Südtirol zwischen Diplomatie und Terror*.

34 Vgl. Elisabeth Baumgartner/Gerhard Mumelter/Hans Mayr, *Feuernacht. Südtirols Bombenjahre. Ein zeitgeschichtliches Lesebuch*, Bozen 1992 und Christoph Franceschini, *Die Welle der Sprengstoffanschläge in Südtirol*, in: Pelinka/Maislinger (Hrsg.), *Handbuch zur Neueren Geschichte Tirols*, S. 468-507.

dert, ihre Meinungsverschiedenheiten über das Pariser Abkommen beizulegen und geeignete Maßnahmen zur Beilegung des Südtirolkonflikts vorzulegen. In Reaktion auf die UN-Vorstöße Österreichs, aber auch unter dem Eindruck der Anschläge setzte Italien eine Kommission von neunzehn Experten, bestehend aus elf Italienern und acht Südtirolern ein, die über geeignete Schritte zur Lösung der Südtirolfrage beraten sollten.³⁵ Die „Neunzehnerkommission“, die zu Recht als „der erste wirklich ernste Versuch zu einem inneritalienischen Dialog zwischen Minderheit und [...] der italienischen Nation seit der Annexion“ (C. Gatterer) gilt, schloß ihre Arbeit im April 1964 mit einem Schlußbericht ab. Kreisky selbst gelang es mit seinem italienischen Kollegen Saragat, bereits im Dezember 1964 eine neue Autonomielösung auszuhandeln, die nur an der Frage der internationalen Verankerung scheiterte. Seit 1966 zeichnete sich jedoch eine Lösung ab, auch gefördert durch das autonomiefreundliche Klima und das demokratische Regierungsbündnis des seit 1963 regierenden „Centro-Sinistra“ in Rom. Ministerpräsident Aldo Moro (DC) und sein Kollege Giuseppe Saragat (PSDI) trieben gegen starke Widerstände in den eigenen Reihen die Lösung der Südtirolfrage voran, gemeinsam mit den Kreisky-Nachfolgern im österreichischen Außenamt.

Bereits die „Neunzehnerkommission“ hatte 1964 ein „Paket“ von Maßnahmen vorgeschlagen, die die bisher sehr beschränkte Autonomie Südtirols drastisch erweiterten. Eine spätere Fassung dieses „Pakets“ wurde am 22. November 1969 in einem großen Parteitag (der „Landesversammlung“) der SVP nach intensiver, hochemotionaler Debatte mit knapper Mehrheit angenommen.³⁶ Nach Ratifizierung durch die Parlamente Österreichs und Italien trat das Maßnahmenpaket als neues Autonomiestatut am 31. August 1972 in Kraft.³⁷ Das international verankerte Statut sicherte der „Autonomen Provinz Bozen-Südtirol“ in einer Reihe von Bereichen, primäre, nicht von staatlichen Normen abgeleitete Zuständigkeiten. In den Sektoren Landwirtschaft, Handel, Fremdenverkehr, Industrie, aber auch des Wohnbaus erhielt der Südtiroler Landtag volle gesetzliche Zuständigkeit. Hinzu kamen Jagd und Fischerei, öffentliche Arbeiten, Transport- und Kommunikationswesen ebenso weitgehende kulturelle Kompetenzen. Ab 1972 erließ die römische Regierung sog. Durchführungsbestimmungen zu den einzelnen Artikeln der Südtirol-Autonomie, die zuvor in einer paritätischen Kommission deutscher und italienischer Mitglieder, der „Sechserkommission“, formuliert wurden. Auf der Grundlage der Durchführungsbestimmungen erließ der Südtiroler Landtag dann einschlägige Landesgesetze, die nach Überprüfung durch die Zentralregierung die (kaum je verweigerte) Sanktion erhielten.

Von herausragender Bedeutung war die Autonomie im Schulbereich: Seit Herbst 1945 gab es ein zweisprachiges Schulwesen, in dem deutsche und italienische Schulen auf al-

35 Zum folgenden vgl. Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert, S. 501-509 und Gatterer, Kampf gegen Rom, S. 1256-1261.

36 Zu „Paket“ und „Operationskalender“ vgl. Anthony E. Alcock, Geschichte der Südtirolfrage. Südtirol seit dem Paket, Wien 1982, S. 209-237.

37 Vgl. Autonome Provinz Bozen-Südtirol. Das neue Autonomiestatut, hrsg. vom Südtiroler Landesausschuß Bozen, Bozen 1990.

len Stufen parallel errichtet wurden, mit der jeweils anderen Landessprache als Pflichtfach ab dem 2. Schuljahr.

Die Finanzlage der Autonomen Provinz Bozen/Südtirol wurde durch erhebliche staatliche Zuweisungen weitaus besser gestellt als in den meisten anderen italienischen Provinzen. Ab 1989 wurden die Einnahmen an das Steueraufkommen gekoppelt; dadurch verblieben faktisch sämtliche Steuereinnahmen in Südtirol. Die Verfügung über beträchtliche Haushaltsmittel führte neben anhaltender Prosperität zu einem subventionierten „doping“ einzelner Wirtschaftszweige. Mit der sprunghaften Ausweitung der Autonomie und des Haushalts wuchs auch der Beamtenapparat der Landesverwaltung in exponentieller Weise. Durch das Instrument des Proporz, der Besetzung öffentlicher Stellen nach der Stärke der drei im Lande lebenden und im Autonomiestatut angegebenen Sprachgruppen, wurde die bisherige, krasse Nicht-Berücksichtigung deutsch- und ladinischsprachiger Bewerber schrittweise abgebaut, sodaß bis Anfang der neunziger Jahre ein Ausgleich näherrückte.³⁸ Nach politisch frostigen Jahrzehnten wirkten die Jahre ab 1970 auf Südtirol wie ein „warmer, heiterer Mai“ (C. Gatterer).³⁹ Niemals zuvor oder danach war das soziale und ethnische Klima der kleinen Region so positiv wie in den Jahren 1972-1976, überwölbt durch den Schub sozialer Reform und kulturellen Aufbruchs in ganz Italien. Deutschsprachige Südtiroler, Ladiner und Italiener suchten in diesen Jahren auffallend wechselseitigen Kontakt und gegenseitige Kooperation. Ein „interethnisches Modell Südtirol“ schien in diesen Jahren zum Greifen nahe, getragen auch von wirtschaftlicher Prosperität, die den Lebensstandard und die Konsumorientierung breiter sozialer Schichten erweiterte.

Stabilität um den Preis ethnischer Separation? (1978-1998)

1978 traten Südtirol und seine Gesellschaft jedoch nach Jahren euphorischer Erleichterung in einen Problemzyklus ein, der sich bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vollständig auflöste.⁴⁰ Obwohl sich die Gesamtlage weit weniger dramatisch ausnahm als während der fünfzig Jahre seit 1918, zeigte sich, daß die (1) politische Vollendung des Autonomiestatuts, (2) der Prozeß ethnischer Pazifizierung und (3) der interkulturelle Dialog nur mühsam vorankamen.

38 Der statistische Vergleich 1972-1991 bei Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert, S. 517; nach dem Personalstand 1997 ist der Sprachgruppenproporz nahezu erreicht, vgl. Autonome Provinz Bozen-Südtirol (Hrsg.), Tätigkeitsbericht der Landesverwaltung 1997, Bozen 1998, S. 13.

39 Eindringliche Beschreibung der verbesserten italienisch-österreichischen Beziehungen bei Joe Berghold, *Italien-Austria. Von der Erbfeindschaft zur europäischen Öffnung*, Wien 1997, S. 232-239.

40 Vgl. Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert, S. 513-518.

(1) Erst 1992, zwanzig Jahre nach Verabschiedung des zweiten Autonomiestatutes, legten die Regierungen Österreichs und Italiens die „Streitbeilegung“ der seit 1960 anhängigen Südtirol-Kontroverse bei der UNO vor.⁴¹ Dies lag vor allem am verzögerten Erlass der letzten Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut von 1972, die erst 1992 ergingen. Vordergründig war die späte Vollendung in sachlichen Differenzen begründet, letztlich entsprang sie jedoch dem Bestreben der SVP, den Fall offen zu halten, auch aus Sorge davor, nach Abschluß des Streits Italien-Österreich wiederum „allein“, ohne Unterstützung der „Schutzmacht“ Österreich, dazustehen. Aus Südtiroler Sicht mußte zudem die internationale Verankerung der Südtirolfrage weiterhin gesichert bleiben; während die italienische Regierung eine entsprechende Einschränkung ihrer Souveränität nicht akzeptierte. Hier blieben die Interpretationen offen: die Chefjuristen der SVP waren mit guten Gründen der Auffassung, die korrekte Anwendung der Autonomie Südtirols bleibe auch nach Abschluß der Kontroverse noch international überprüf- und einklagbar,⁴² während die Gegenseite die „causa Südtirol“ zur inneren Angelegenheit Italiens erklärte. Die jüngere Entwicklung aber zeigte, daß sich mit dem österreichischen EU-Beitritt die Beziehungen Österreich-Italien so positiv gestalteten, daß Südtirol nur davon profitierte. In den Jahren seit 1994, verstärkt unter der Mitte-Links-Regierung Prodi ab 1996, erzielten die Anliegen Südtirols in Rom beachtliche Erfolge, sodaß sich das Prinzip einer „dynamischen Autonomie“ durchsetzte.⁴³ Eine politische Einschränkung oder gar ein Abwürgen Südtirols durch den Zentralstaat ist gegenwärtig nicht zu befürchten.

(2) Ungleich mühsamer als die Verständigung auf politisch-administrativer Ebene verlief die Annäherung zwischen den Sprachgruppen des Landes.⁴⁴ Viele Angehörige der deutschen und italienischen Sprachgruppe blieben infolge der Autonomie durch eine zwar vielfach durchlässige, aber stets spürbare Scheidewand voneinander getrennt. Das Autonomiestatut sowie Verteilung von öffentlichen Stellen und Finanzmitteln (vor allem im Wohnbau) je nach Sprachgruppen förderten den Aufbau ethnischer Separatsphären, ebenso die klare Segregation von Sozial- und Lebensräumen. Seit den siebziger Jahren zog sich die demographisch rückläufige Gruppe der Italiener, die zuvor auch in den Landgemeinden präsent gewesen war, beinahe ausnahmslos in die Städte zurück, so daß sich

41 Vgl. ebda., S. 541-551 und Günther Pallaver, L'erba del vicino. Italien-Österreich. Nachbarn in Europa, in: Michael Gehler/Rolf Steininger (Hg.), Österreich und die Europäische Integration. Aspekte einer wechselvollen Entwicklung (Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen, Veröffentlichungen, 1), Wien-Köln-Weimar 1993, S. 226-266.

42 Vgl. Karl Zeller, Das Problem der völkerrechtlichen Verankerung des Südtirolpakets und die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes, Wien 1989.

43 Zum problematischen, ethnisch polarisierenden Potential des Begriffs "dynamische Autonomie" vgl. Siegfried Baur/Irma von Guggenberg/Dietmar Larcher, Zwischen Herkunft und Zukunft. Südtirol im Spannungsfeld zwischen ethnischer und postnationaler Gesellschaftsstruktur. Ein Forschungsbericht, Meran 1998, S. 273 f.

44 Hierzu besonders Baur/von Guggenberg/Larcher, Zwischen Herkunft und Zukunft.

auf dieser Ebene eine anhaltende Desintegration der Sprachgruppen und Entkoppelung der Kommunikationskreisläufe vollzog. Die Italiener Südtirols konzentrieren sich vorwiegend auf die Landeshauptstadt Bozen (1991: 72,59% Italiener, Deutsche 26,62%, Ladin: 0,79%), wo jedoch ein vergleichsweise geringer Grad an Kommunikation und Interaktion feststellbar ist.

Scharf getrennt blieb auch das Schulwesen des Landes. Hierfür gab es historische Motive, da das aus dem faschistischen *ventennio* nachwirkende Trauma der Entnationalisierung des Schulwesens die SVP zu einer rigiden Parallelisierung sämtlicher Schulstufen veranlaßte. Obwohl Eltern die Möglichkeit offensteht, ihre Kinder auch in Schulen der anderen Sprachgruppe einzuschreiben (etwa italienischsprachige Kinder in deutschsprachige Schulen), bestehen konsequent gemischtsprachige Schulen nur in den ladinischen Tälern. Interkulturelle Lernprozesse bleiben daher auf die Ebene außerhalb des schulischen Raumes beschränkt, wurden aber auch dort durch die strikte Trennung der Vereinskultur, von Veranstaltungen und öffentlichen Initiativen oft genug blockiert. Auch im Rahmen der vor kurzem erfolgten Gründung einer dreisprachigen Universität Bozen durch die Südtiroler Landesregierung (mit Fakultäten für Wirtschafts- und Bildungswissenschaften) werden wichtige Studiengänge nach Sprachgruppen getrennt bleiben.⁴⁵

Seit den späten siebziger Jahren wuchs unter den italienischsprachigen Bürgern Südtirols (1971: 137.759; 1981: 123.695, 1991: 116.914) zunehmend das Gefühl, selbst eine Minderheit in der Autonomen Provinz Bozen darzustellen. Dafür gab es mehrere Gründe: den demographischen Aufholprozeß der deutschsprachigen und ladinischen Bevölkerung, die rasche sozioökonomische und kulturelle Modernisierung der anderen Sprachgruppen (mit weitgehender Beherrschung des Primär- und Sekundärsektors) und die nachholende Besetzung öffentlicher Stellen mit deutschsprachigen und ladinischen Kandidaten. Vor allem der letztgenannte Aufholvorgang wurde als Einbruch in eine bislang unumschränkte Domäne begriffen und sorgte bis Anfang der neunziger Jahre für heftigen Streit. Die dramatisch hohe Arbeitslosigkeit auf nationaler Ebene zeigte jedoch, daß die immer noch zahlreichen öffentlichen Stellen in Südtirol, die nur gegen Nachweis von Zweisprachigkeit besetzt werden können, für alle im Land lebenden Sprachgruppen ein wichtiges Reservat darstellten.

Am gravierendsten spürten viele Angehörige der italienischen Sprachgruppe auf der Ebene von Land und Gemeinden das Fehlen einer politischen Elite, die ihr hinreichendes Selbstbewußtsein vermittelt hätte. Im Gegensatz zum hohen Integrationsgrad der SVP, die rund 80.000 Parteimitglieder aufweist und rund 55% der gesamten Wählerstimmen Südtirols auf sich vereint, blieb die italienische Parteienlandschaft zersplittert und bildete keinen homogenen Block, vor allem seit dem Umbruch im politischen Systems Italiens.

In der Südtiroler Landesregierung sind dzt. drei der acht Landesräte italienischer Muttersprache, deren numerische Minderheit mit ihrer Führungs- und Konzeptionsschwäche korrespondiert. In den 116 Gemeinden Südtirols gibt es nur drei italienische Bürgermeis-

45 Vgl. ebd., S. 105-134; Internet-Hinweise zur Universität unter www.unibz.it.

ter (Bozen und Leifers), sodaß für das Gefühl politischer Bevormundung gegenüber der deutschen Sprachgruppe gute Gründe bestehen. Zwar begriff sich der durchsetzungsfähige und pragmatische Landeshauptmann Luis Durnwalder (seit 1989), dezidiert als Landeshauptmann aller Sprachgruppen und durchbrach damit die Abgrenzungspolitik seines Vorgängers Silvius Magnago (Landeshauptmann 1960-1989) gegenüber den Bürgern italienischer Sprache. Trotzdem erblicken viele Italiener in ihm vorwiegend einen Repräsentanten der starken deutschen Führungsschicht.

Insgesamt hat die deutsche Sprachgruppe in kleinstem Maßstab den Prozeß eines „nation-building“ durchlaufen. Ihre Auslöser sind die mythenbesetzte Erinnerung an eine in historischen Herausforderungen bewältigte Geschichte und die Ausbildung einer starken Regionalkultur. Hinzu kommen die Verfügung über einen umfassenden Symbolhaushalt mit toten und lebenden „Heroen“ (Mann im Eis, Andreas Hofer, Silvius Magnago, Reinhold Messner) von nahezu nationaler Dignität und weitreichende politische Souveränität, in der die Staatsnation einen weitgehend externalisierten Faktor bildet. Auch der erfolgreiche Austausch der alten Führungselite 1989-91 hat die Südtiroler Volksgruppe derart gefestigt, daß sich auch die traditionelle Anlehnung an Österreich und Deutschland weitgehend verflüchtigt hat. Wer das Land aufmerksam bereist, dem entgeht nicht der Grundton eines markanten, oft beinahe aufreizenden Selbstbewußtseins innerhalb der „Nation Südtirol“.

Für das sog. „Unbehagen“ (*disagio*) vieler Italiener im Lande, die an dieser Erfolgsgeschichte nur begrenzt teilnehmen, bestehen daher vielfältige Motive, die jedoch kaum jemals konkreter Benachteiligung, sondern ihrem paradoxen Minderheitenstatus in der Provinz und dem oft penetranten Auftrumpfen vieler Angehöriger der deutschen Sprachgruppe entspringen. Die Unzufriedenheit sicherte dem neofaschistischen „Movimento Sociale Italiano“ (MSI, ab 1994 „Alleanza Nazionale“, AN) seit 1985 ein hohes Wählerpotential; allerdings sind die Postfaschisten, obwohl stärkste italienische Partei in der Provinz, aufgrund ihrer Provenienz und Autonomiefeindlichkeit von der Regierung ausgeschlossen.

3) Trotz solcher erheblicher Problemzonen sind die guten Voraussetzungen für friedliches und konstruktives Zusammenleben unter den Volksgruppen nachdrücklich hervorzuheben.⁴⁶

- Konsolidierte, rechtlich abgesicherte Rahmenbedingungen garantieren den Schutz und die wirtschaftlich-kulturelle Entwicklung aller Sprachgruppen;
- Die Beziehungen zwischen den jeweiligen „Schutzmächten“ Österreich und Italien sind problemfrei;
- die politischen Akteure respektieren bei der Behandlung zentraler Fragen des Zusammenlebens der Volksgruppen den Grundsatz der Konkordanz und des Grundkonsenses;

46 Vgl. Günter Pallaver, Walsche und Crucchi. Deutsch-, Italienisch- und ladinischsprachige Südtiroler auf dem steinigen Weg zum friedlichen Zusammenleben, in: Richard Brütting/Günter Trautmann (Hrsg.), Dialog und Divergenz. Interkulturelle Studien zu Selbst- und Fremdbildern in Europa, Frankfurt am Main, 1997 S. 101-122.

- Verteilungskämpfe sind dank der günstigen ökonomischen Situation auf ein Minimum reduziert. Mit 2% Arbeitslosigkeit herrscht faktisch Vollbeschäftigung; 1995 galt Südtirol unter den 95 Provinzen Italiens als jene mit der höchsten Lebensqualität.
- Werthaltungen und Meinungen der Sprachgruppen Südtirols konvergieren annähernd;
- die offizielle Kommunikation unter den Volksgruppen verläuft zwar stockend, besteht jedoch unterhalb der offiziellen und medialen Kanäle auf überraschend vielen Ebenen, so etwa innerhalb der öffentlichen Verwaltung, am Arbeitsplatz, in kulturellen Initiativen, in Nachbarschafts- und Freundschaftsbeziehungen sowie zahlreichen Eheschließungen zwischen Ehepartnern unterschiedlicher Sprachgruppen, die etwa 8% der Heiraten erreichen.⁴⁷

Der aus Südtirol stammende, 1995 verstorbene Abgeordnete zum europäischen Parlament und Mitbegründer der italienischen Grünen, Alexander Langer, hat seit 1978 vor dem in Südtirol feststellbaren Ausbau „nebeneinander und auch gegeneinander existierender Parallelgesellschaften“⁴⁸ immer wieder gewarnt. Gegenwärtig stehen das Land und seine Gesellschaft verstärkt vor der Herausforderung, diese ethnopluralistische Variante eines sanften Nationalismus aufzuweichen. Die lang geübte Tradition der Vermeidung gewaltsamer Konflikte könnte in verstärkte Kooperation der Sprachgruppen münden, die die politische, ökonomische und kulturelle Gunstlage Südtirols in vollem Umfang zur Entfaltung bringt.

47 Vgl. Daniela Weber Egli, *Gemischtsprachige Familien in Südtirol/Alto Adige*, Meran 1992.

48 Alexander Langer, *Aufsätze zu Südtirol-Scritti sul Sudtirolo 1978-1995*, hrsg. von Siegfried Baur/Riccardo dello Sbarba, Meran 1996, S. 171.